

Deutschland.

O. C. Reichstags-Verhandlungen.

13. Sitzung des Reichstages. (18. November.)

11 Uhr. Am Tische des Bundesrathes Fürst Bismarck, Camphausen, Delbrück, v. Friesen, Gildemeister, Geh. Rath Michaelis u. A.

Die erste Beratung des Bankgesetzes wird fortgesetzt.

Commissarius Geh. Rath Michaelis: Die Vertreter der Mehrheit dieses Hauses haben sich für die Verweisung des Entwurfes an eine Commission ausgesprochen, in welcher der Versuch zu einer Vereinbarung über die Errichtung einer Reichsbank unter Anerkennung der wesentlichen Principien des Entwurfes zu machen sein werde. Wenn dieser Versuch nicht gelingen sollte, dann, n. S., stehen wir vor derselben Frage, vor welcher der Gesetzentwurf bei seiner Aufstellung stand, vor der Frage: ist es gerathen, einfach bei der Verlängerung der Geltung des Gesetzes von 1870 zu bleiben und die Regelung der Bankfrage hinauszuschieben, oder ist es geboten, im Interesse der Entlastung des Verkehrs von ungeordneten Zahlungsmitteln und im Interesse der Sicherung der Durchführung der Münzreform jetzt einen Schritt auf dem Gebiete der Bankgesetzgebung zu thun, der in Uebereinstimmung mit den von den Vertretern der Majorität anerkannten Principien eine Regelung des Bankwesens herbeiführt und die Frage der Reichsbank der Zukunft — vielleicht der nächsten Zukunft — überläßt. Bei Verantwortung dieser Frage habe ich Ihnen nur nochmals die Aufgaben, welche sich der Gesetzentwurf stellt, hat vorzuführen und Ihnen an der Entwicklung der letzten Jahre zu zeigen, welche Folgen voraussichtlich eintreten würden, wenn ein Gesetz zur Regelung des Bankwesens gegenwärtig nicht erlassen würde. Der Gesetzentwurf hat sich drei Aufgaben gestellt: erstens eine Einschränkung der ungedeckten Notenemission im Interesse der Aufrechterhaltung der metallischen Grundlagen unseres Geldumlaufs und der Durchführung unserer Münzreform; zweitens Umwandlung der für den Verkehr ungeeigneten Zahlungsmittel, als welche die von dem größten Theile der bestehenden Banken ausgegebenen Banknoten gegenwärtig sich darstellen, in Zahlungsmitteln, welche für den Verkehr geeignet sind; drittens Herstellung eines Zustandes im Bankwesen, welcher der Gesetzgebung erlaubt, nach Maßgabe der zu machenden Erfahrungen Änderungen in den Bestimmungen über die Regelung des Bankwesens herbeizuführen.

Ich glaube constatiren zu können, daß die Mehrzahl der Herren Redner sich mit den Tendenzen des Entwurfes im Großen und Ganzen einverstanden erklärt hat. In Betreff des Weges glaubte allerdings der Herr Abgeordnete Bamberger einen anderen vorschlagen zu sollen; er wünschte die organische Regelung durch eine allmächtige Reichsbank. Ich glaube, der Herr Abgeordnete Bamberger, so constitutionell er in allen übrigen Fragen ist, in der Bankfrage neigt er sich zu einem leisen Absolutismus und ich glaube, der Verkehr und die interessirten Banken werden besser gefördert, wenn alle Banken unter das Gesetz gestellt, als wenn die kleineren Banken unter die absolute Macht einer allmächtigen Reichsbank gestellt werden. Ich begreife daher mit Freuden die Auffassung des Abgeordneten für Meinungen, der auch die Reichsbank unter das Gesetz stellen will. Es ist die Aufgabe der Gesetzgebung, Bedingungen zu legen und Grenzen festzustellen, innerhalb welcher künstliche Zahlungsmittel geschaffen werden dürfen, nicht aber eine Institution zu schaffen, welche nach nicht zu erkennenden Grenzen frei waltet. Wenn wir die Frage beantworten, ob die einfache Verlängerung des Gesetzes von 1870 oder ein Gesetz, das allgemein gebilligte Zwecke verfolgt, vorzuziehen ist, so müssen wir uns die Bewegungen des Bankgeschäftes und der ungedeckten Notenemission, die unter der Herrschaft des Gesetzes von 1870 stattgefunden haben, vergegenwärtigen. Jenes Gesetz konnte nur die Entstehung neuer Bankprivilegien verhindern, es fand aber außer der Preussischen Bank fünf andere mit unbeschränkter Emissionsbefugnis vor und konnte diese nicht verhindern, ihren Bestand an ungedeckten Noten zu erweitern. Es hat ferner nicht verhindern können, daß die ungedeckte Notenemission in Deutschland ihrer natürlichen Strömung folgte, bis endlich, da die Räume nicht in den Himmel wachsen können, ein gewaltsamer Rückschlag eintreten mußte. Vom Beginne des Jahres 1867 datirt die letzte Bewegung der ungedeckten Notenemission, nachdem ihr eine ähnliche mit dem entsprechenden Rückschlag vorausgegangen. Im Januar 1867 hatte bei einem Discontofuß von 4 Procent die Preussische Bank einen ungedeckten Notenumlauf von etwa 47 Millionen Thalern, die fünf übrigen Banken mit dem Rechte der unbeschränkten Emission einen solchen von etwa 6 1/2 Millionen Thalern, also etwas weniger als 1/4 des gesamten Umlaufs derjenigen Banken, welche die unbeschränkte Emissionsbefugnis hatten.

Jetzt bitte ich Sie, mit mir zu verfolgen, wie das Niveau der ungedeckten Notenemission von Jahr zu Jahr gestiegen ist. In der bis dahin herrschenden Silberwährung lag allerdings ein besonderes Reizmittel zur Steigerung dieses Niveaus, denn wegen der Gewichtigkeit dieses Metalls waren die papierernen Zahlungsmittel naturgemäß in weit größerem Umfange gesucht, als sie gesucht sein werden, wenn wir die Goldwährung definitiv durchgeführt haben. (Hört, hört! links.) Außerdem aber lag in der Silberwährung eine Sicherung gegen den Abfluß von Edelmetall, weil dieses Edelmetall, Silber, Niemand recht wollte. In dieser Beziehung wird sich die Situation allerdings ändern. Silber ist das ziemlich allgemein abgewehrte Edelmetall, so weit es sich um Währungsmittel handelt, Gold das allgemein gesuchte Metall. Es wird also, sobald die Goldwährung durchgeführt ist, sich viel eher und viel leichter ein Abfluß von Edelmetall einstellen, als es der Fall war unter der Herrschaft der Silberwährung. Und was wird die weitere Folge sein? Während bei der Herrschaft der Silberwährung die fortgesetzte Steigerung des Umlaufs der künstlichen Zahlungsmittel mit Nothwendigkeit zu einem Rückschlage führen mußte, der am Capitalmarkt hervortrat, wird, wenn die gleiche Bewegung unter der Herrschaft der Goldwährung eintritt, ein Rückschlag stattfinden, der lediglich auf dem Geldmarkte sich vollzieht. Die Einführung der Goldwährung wird also die Lage unserer Verhältnisse in dieser Beziehung wesentlich verbessern. Im Jahre 1869 im Anfange October trat eine Erhöhung des Discontofußes von 4 auf 5 Procent ein. Damals, bei dieser Erhöhung betrug die ungedeckte Notenemission der Preussischen Bank 55,300,000 Thaler. Die ungedeckte Notenemission der übrigen 5 Banken mit unbeschränkter Notenemissions-Befugnis 11 1/2 Millionen Thaler. Die letzteren hatten also bereits 1/4 der Summe der ungedeckten Notenemission dieser Banken erreicht. Das Niveau, bei welchem eine Erhöhung des Discontofußes von dem regelmäßigen Stand von 4 Procent eintrat, betrug 67 Millionen ungedeckter Noten bei diesen Banken.

Nachdem der Discontofuß von der Erhöhung wieder auf 4 Procent zurückgegangen war am 15. Februar 1870 bei einer ungedeckten Notenemission von 72 Millionen, also beinahe 20 Millionen mehr als im Anfange des Jahres 1867, trat das zweite Mal eine Erhöhung des Discontofußes von 4 auf 6 Procent ein am 15. Juli 1870. Bei dem diesem Zeitpunkt vorausgegangenen Monatsabschluß, also Ende Juni 1870, betrug die ungedeckte Notenemission der Preussischen Bank 78 Millionen, die der übrigen Banken mit unbeschränkter Notenemissions-Befugnis 14 1/2 Millionen, der gesammte ungedeckte Notenumlauf dieser Banken 93 Millionen und die übrigen Banken, die Sächsischen, Leipziger, Gothaer, Geraer, Bieleburger, hatten zusammen 1/4 dieser Summe des ungedeckten Notenumlaufs. Ich mache darauf aufmerksam, daß, während 1869 schon bei 67 Millionen Thalern ungedecktem Notenumlauf eine Erhöhung des Discontofußes über den regelmäßigen Satz eintrat, man 1870 erst bei einem ungedeckten Notenumlauf von 93 Millionen Thalern man 1870 erst bei einer Erhöhung des Discontofußes für gekommen erachtete. Der Discontofuß bewegte sich nun ziemlich lange über dem regelmäßigen Satz von 4 Procent; er ging erst auf diesen Satz wieder zurück Anfangs März 1871 bei einer ungedeckten Notenemission von 98 Millionen Thalern und von dieser Summe kommen auf die Banken außer der Preussischen etwa 12 Millionen, also ein Achtel. Eine Erhöhung des Discontofußes über 4 Procent trat erst wieder 1872, Mitte September ein; am 31. August 1872 betrug der ungedeckte Notenumlauf der 6 Banken, welche ich hier ins Auge fasse, 105,793,000 Thlr., wovon auf die Preussische Bank 82 Millionen Thlr., auf die übrigen 5 Banken 21,700,000 Thlr., also ein Fünftel kommen. Anfang Februar 1873 wurde der Discontofuß wieder auf 4 Procent ermäßigt; damals betrug der ungedeckte Notenumlauf 119 1/2 Millionen Thaler; davon kamen auf die Preussische Bank 97,883,000 Thlr., auf die übrigen 5 Banken 23,900,000

Thlr., also ein Fünftel. Eine demnachstige Erhöhung des Discontofußes auf 5 Procent trat im Beginn der Krisis von 1873 ein und am 31. März, unmittelbar vor der Erhöhung, betrug die ungedeckte Notenemission, welche den Banken Veranlassung gab, den Discontofuß über seinen regelmäßigen Stand zu erhöhen, 151 1/2 Mill., davon kamen auf die Preussische Bank 123 1/2 und auf die übrigen bezeichneten Banken fast 28 Millionen.

Die Entwicklung der Banken ist also so vorgeschritten, daß, während im Jahre 1869 bei einem ungedeckten Notenumlauf von 67 Millionen eine Erhöhung des regelmäßigen Discontofußes für angezeigt erachtet wurde, im Jahre 1873 erst bei einem ungedeckten Notenumlauf von 151 Millionen die gleiche Maßregel nöthig erschien. Nun trat ein energischer Rückschlag ein. Die ungedeckte Emission war am 31. December 1873 bei diesen 6 Banken auf 87 Millionen reducirt, bei der Preussischen Bank auf 60, bei den übrigen 5 Banken auf 27, die letzteren hatten also mehr als ein Viertel der ungedeckten Notenemission. Damals wurde der Discontofuß wiederum auf 4 Procent reducirt. Im Anfange des Octobers d. J. ist wieder eine Erhöhung des Discontofußes über seinen regelmäßigen Stand eingetreten, nachdem vorher bereits im August und September sich die bekannten Symptome des Goldabflusses geltend gemacht hatten. In diesem Jahre trat nämlich zum ersten Male die Wirkung der Goldwährung auf den Notenmarkt ein: beim Uebergange zur Erhöhung des Discontofußes hatten die 6 Banken einen ungedeckten Notenumlauf von 89 Millionen; davon kamen 60 auf die Preussische und 29 auf die übrigen Banken. Sie sehen also, daß das Niveau der ungedeckten Notenemission sich bis 1873 von Jahr zu Jahr erhöht hat und daß diejenigen Banken außer der Preussischen, welche ein unbeschränktes Recht der Notenemission haben, von Jahr zu Jahr einen größeren Antheil an der ungedeckten Notenemission nahmen. Die Zahlen würden noch frappanter werden, wenn wir die süddeutschen Banken, welche mit einer dehnbaren und deshalb denselben Notenemission ausgesetzt sind, hinzunehmen wollten. Diese Zahlen würden nur dadurch etwas weniger brauchbar, weil die Banken erst in letzter Zeit begründet wurden.

Der Antheil derjenigen außerpreussischen Banken des Thalergebietes, welche eine uneingeschränkte Notenemission haben, an dem gesammten Umlaufe, einschließlich des der Preussischen Bank stieg in der angeführten Zeit von 1/4 auf 1/2 und während die Preussische Bank bei der letzten Disconto-Erhöhung ungefähr auf dem Niveau stand, auf welchen nach dem Gesetzentwurfe ihr regelmäßiger Umlauf beschränkt werden soll, standen die übrigen Banken bereits weit über diesem Niveau und man kann sagen, daß die Preussische Bank wesentlich mit durch die Ausdehnung des Notenumlaufs der anderen Banken gezwungen wurde, ihren Disconto zu erhöhen. Es ist ja klar, daß die sämtlichen Banken genau wissen, daß das provisorische Gesetz von 1870 über kurz oder lang einem Definitivum Platz machen muß und daß das Definitivum an die bestehenden Verhältnisse weit antzupfen müssen —, und daher streben sämtliche Banken, das Terrain, welches sie mit ihrer ungedeckten Notenemission beherzigen, von Jahr zu Jahr möglichst zu erweitern, um mit einem möglichst großen Bestände dem Definitivum gegenüberzustehen. Wenn der Herr Abg. Kaster gestern gesagt hat, es sei nicht rathlich, ein Gesetz gegenwärtig zu geben und für das nächste Jahr ein weiteres in Aussicht zu nehmen, weil jeder Schritt der Gesetzgebung Neuerungen schaffen werde, so möchte ich für die Eventualität, die ich ins Auge fasse, daß eine Verständigung über die Reichsbank nicht zu Stande käme doch Ihre Aufmerksamkeit darauf lenken, daß die Umwälzung, welche das Definitivum des Bankgesetzes herbeiführen wird, wesentlich größer wird, je mehr der Bestand derjenigen Banken, die in ihrer ungedeckten Notenausgabe auf ein bescheidenes Maß eingeschränkt werden sollen, sich erweitert, daß Sie also, wenn Sie jetzt auf dem Boden dieses Gesetzes eine Regelung herbeiführen, welche eine Erweiterung dieses Bestandes hindert, den Zweck erreichen, daß die Einführung der Reichsbank eine neue Umwälzung nicht mehr veranlaßt, während, wenn Sie die gegenwärtige vorläufige Maßnahme unterlassen, die Schwierigkeiten, welche im nächsten Jahre das Gesetz finden wird, ungleich größer sein werden, als die, welche gegenwärtig dem Gesetz begegnen.

Es ist allerdings gestern von dem letzten Herrn Redner der Ausspruch gethan, ein Artanum gegen Krisen bilde nicht die Ausbildung des Depositenverkehrs. Ein Artanum giebt es überhaupt nicht; Artana sind auf wirtschaftlichem Gebiete noch nicht gefunden. Sein Vorschlag aber einer Bank mit vollständig unbeschränkter Notenausgabe steht dem Verstande eines Artanums gleich, wie ein Ei dem andern. Jeder, der die Gesellschaft in ihren Grundfesten umgestalten will, der fordert zuerst, daß irgend eine unbegrenzte wirtschaftliche Kraft ihm zu Gebote gestellt werde (Hört! Hört!), und wenn es möglich wäre, irgend einem Manne eine wirtschaftliche Kraft unbeschränkt zu Gebote zu stellen, so würde er die Erde aus den Angeln heben können. Es giebt aber glücklicherweise keine unbeschränkten Kräfte und die Gefahr der Unbeschränktheit der Noten-Emission, die gegenwärtig für eine ganze Reihe deutscher Banken geltendes Recht ist, liegt darin, daß die handelstreibenden Classen glauben, es gebe eine unbeschränkte Discontoirungs-Möglichkeit, daß sie auf diesen Glauben ihre Operationen einrichten, daß die Banken diesem Glauben eine Zeit lang nachfolgen, bis endlich der Moment eintritt, wo den Bäumen gesteuert werden muß, daß sie in den Himmel wachsen. Dann kommt der Rückschlag. Die sogenannte indirecte Contingentirung, welche das Gesetz Ihnen vorschlägt, sagt nichts weiter, als daß das Gesetz für den Zeitpunkt Marken setzen muß, wo einer Steigerung des Umlaufs der künstlichen Zahlungsmittel im Interesse des gesunden Zustandes unserer Geldcirculation von den Banken selbst entgegengetreten werden muß. Es zeigt diesen Zeitpunkt an durch eine Erhöhung der Besteuerung, dadurch, daß es den Banken durch eine höhere Besteuerung des ungedeckten Notenumlaufs Veranlassung giebt, durch eine Erhöhung des Discontofußes auf eine Einschränkung ihres Notenumlaufs Bedacht zu nehmen.

Es ist dies der Wegweiser für das Noten-Emissions-Geschäft, welchen die Gesetzgebung hinstellen muß, damit sie die ihr gestellte größere Aufgabe, die Durchführung und Aufrechterhaltung der Goldwährung sichere. Der Entwurf geht davon aus, daß die ungedeckte Noten-Emission die Bedeutung habe, den Schwankungen des Bedarfs nach Zahlungsmitteln gerecht zu werden, daß sie aber lediglich die Aufgabe hat, den Schwankungen gerecht zu werden, nicht die künstlichen Zahlungsmittel aus Kosten der Edelmetall-Zahlungsmittel im Laufe der Zeit fortwährend auszuweihen. Dieser Grundsatz hat, wie ich mich freuen constatiren zu können, die Majorität dieses Hauses auf seiner Seite. Ich kann Sie nur bitten — das ist der erste Hauptzweck des Gesetzentwurfes — sorgen Sie dafür, daß wir nicht mit einem Mangel unserer Gesetzgebung in das noch unbekannte Gebiet der Goldwährung eintreten, nachdem wir unter der Herrschaft der Silberwährung in Folge dieses Mangels bereits mifflige Erfahrungen gemacht haben. Sorgen Sie ferner im Interesse des Publicums dafür, daß nur solche künstliche Zahlungsmittel künftig in seine Hände gegeben werden können, welche sich also nicht wie eine ungenommene und mit Mißbräugen wieder abgenommene Last vom kleinen zum kleineren Manne fortziehen, b. s. sie in denjenigen Kreisen des Verkehrs sich festsetzen, in welchen wir am wenigsten solche ungewisse Zahlungsmittel sehen möchten. Die Erhöhung der Minimalappoints auf 100 Mark leistet allerdings etwas in dieser Hinsicht, aber wie viele Tausende und Millionen von Handwertern bekommen denn Zahlungen geleistet im Betrage von 33 1/2 Thlr.? Und alle diese gehen Sie, wenn Sie nicht jetzt für die Einrichtung eines gesunden Notenumlaufs sorgen, der Gefahr aus, solche ungeeignete Noten annehmen zu müssen. Sorgen Sie endlich dafür, daß die Gesetzgebung die wünschenswerthe Beweglichkeit erlange. Ich glaube, daß Sie auf diesem Wege dem Zwecke, den Sie zu erreichen suchen, am besten vorarbeiten werden.

Abg. v. Kardorff: Ich habe nichts Neues in dieser Discussion vorzubringen, halte es aber für meine Pflicht, das Wort zu ergreifen, weil noch Niemand von der rechten Seite das Wort erhalten hat. Wir haben uns der Remediation angeschlossen, welche als die conditio sine qua non für das Zustandekommen des Gesetzes die Einrichtung einer Reichsbank verlangt. Diesen Standpunkt kann auch die heutige Rede des Geh. Rath Michaelis nicht erschüttern. Ich gestehe, daß ich, als die erste Andeutung über diesen Gesetzentwurf in die Presse kam, ihm meine vollen Sympathien entgegengetragen habe, weil ich die Beschränkung der Papiergeld-Circulation für ein Bedürfnis hielt; ich erkenne ferner, daß es nothwendig ist, den Geschäftsbetrieb der Banken unter bestimmte gesetzliche Normen zu stellen, und ich muß gestehen,

daß die Idee der indirecten Contingentirung, wie das Gesetz sie bringt, mir von vornherein im hohen Maße zugefällt hat. Aber diese Sympathien für das Gesetz beruhen allerdings auf zwei Voraussetzungen, die nicht eingetroffen sind: einmal, daß die Einrichtung einer Reichsbank wirklich auf so unüberwindliche Hindernisse gestoßen, daß es ganz unmöglich gewesen wäre, diese Centralbank in das Gesetz hineinzubringen. Wir glaubten, daß Gründe, die zu überlegen für uns unmöglich ist, dazu geführt hätten, das Project einer Reichsbank aufzugeben. Die zweite Voraussetzung war, daß durch das Gesetz nicht ein Zustand geschaffen werden sollte, der einer künftigen Regulirung des Bankwesens ungünstig sein könnte. Diese Erwartungen sind nicht eingetroffen. Die bisherige Debatte scheint mir ergeben zu haben, daß das Hinderniß für die Errichtung einer Reichsbank allein in der Stellung des preussischen Staates gegenüber der preussischen Bank gelegen hat. Ich bin ferner der Meinung, daß der durch dieses Gesetz entstehende Zustand der Regelung unseres Bankwesens unter Constatirung einer Reichsbank nicht förderlich, sondern nur hinderlich sein würde, besonders würde das Prädicium, welches Baiern gewährt worden ist, eine solche Regelung erschweren. Der Vorredner hat die Befürchtung ausgesprochen, daß bei einem Nichtzustandekommen des Gesetzes die kleinen Banken ihre Notenemission über das jetzige Maß hinaus ausdehnen würden, so daß dadurch schließlich die Regelung des Bankwesens zum Nachtheil unserer Goldwährung erschwert würde.

Der Befürchtung, daß das Gesetz mit einer deutschen Centralbank nicht zu Stande kommen würde, braucht sich der Herr Vorredner nicht hinzugeben. Ich glaube die Erklärung des preussischen Finanzministers, der im Principe eine deutsche Centralbank acceptirt, kann wohl dafür eine Garantie bieten, daß sie mit den Bestimmungen dieses Gesetzes vereinbar ist. Er hat geglaubt, sich gegen den Vorwurf einer gewissen Fiscalität schützen zu müssen; nicht sowohl dieser Vorwurf ist ihm gemacht worden, als vielmehr der eines preussischen Particularismus, und den müssen wir aufrecht erhalten. Wenn er zugegeben hat, daß die Preussische Bank schon heute für ganz Deutschland die Stelle einer nationalen deutschen Bank ausfüllt, dann können wir es nur auf Rechnung einer gewissen Abneigung der preussischen Regierung, die Baiern und Controlle über diese Bank an das Reich abzutreten, setzen, wenn in diesem Entwurf von einer Reichsbank nicht die Rede ist. Denn darin stimme ich mit dem Abg. Bamberger vollständig überein, wenn von einer Centralbank die Rede ist, so kann man darunter nur die in eine Reichsbank umgewandelte Preussische Bank oder eine der letzteren analoge Institution verstehen. Von einer aus Staatsmitteln begründeten Moripolbank kann wohl kaum gesprochen werden, denn diese wäre im Falle eines Krieges eine Kriegsbeute und man würde bei einer solchen Bank in hohem Maße geneigt sein, jede Bankmaßregel auf politische Motive zurückzuführen, und schon ein solcher Schein muß bei einer Bank vermieden werden. Es ist merkwürdig, daß die Vorlage ihre Vertheidiger in den Abgeordneten Richter (Sagen) und Schröder (Sippstadt) gefunden hat, die sonst nicht sehr heftig für Vorschläge der Regierung sprechen. (Abg. Richter (Sagen): „Dafür haben Sie den Abg. Sonnemann auf Ihrer Seite!“ (Große Heiterkeit.)

Die Rede des Abg. Richter interessirte mich am meisten, weil sie einen Standpunkt vertritt, der jetzt veraltet ist, den Standpunkt der Bankfreiheit. (Widerpruch.) Sie werden diesen veralteten Standpunkt in keinem neueren Lehrbuche mehr finden. Die Erfahrungen großer, industriell hoch entwickelter Länder haben den Grundfaß der Bankfreiheit als falsch erscheinen lassen. Der Abg. Richter hat auf England verwiesen und den Bankchristlicher Hanley citirt, der behauptete, die englische Bank erfülle ihren Beruf nicht, sie setze den Discontofuß nicht fest, sondern ziehe noch das Fact der Bewegungen des Geldmarktes, beherrsche sie aber nicht. Nun, wenn man auch nur einen solchen für jeden im Lande erkennbaren Barometer mit einer Centralbank geschaffen hätte, so wäre das Resultat schon so bedeutend, daß man zu seiner Errichtung wohl eine Centralbank errichten könnte. Ferner hat der Abg. Richter auf Frankreich verwiesen. So wenig Sympathie ich auch für den französischen Volkscharakter habe, darin müssen wir gerecht werden, in der Entwicklung seiner Finanzpolitik hat Frankreich eine so bewundernswürdige Leistung aufzuweisen, wie vielleicht keine andere Nation jemals gehabt hat, und der Abgeordnete Richter will der französischen Bank keinen Einfluß auf diese Leistung zuschreiben? Ferner hat der Abgeordnete Richter eingeleitet, daß die französische Bank Filialen hat, das zeugt mindestens von einer ungenauen Information. Wie hätte Frankreich die fünf Milliarden bezahlen können, wenn die Bank nicht zu Hilfe gekommen wäre, wenn sie nicht den Credit der ganzen Welt dem Staate dargeboten hätte? Der Hinweis auf Frankreich scheint mir eher dafür zu sprechen, daß wir kein Bankgesetz ohne Centralbank machen sollen. Die Argumentation des Abgeordneten Richter scheint mir ebenso falsch zu sein, als wenn heute jemand nach den großen Siegen eine Broschüre schreiben wollte, daß unsere Armee eine ganz misérable sei und daß ihre Organisation zeige, wie man es nicht machen solle. Prinzipiell halte ich die Contingentirung der Banknoten ebenso wenig wie der Abgeordnete Bamberger für richtig, aber ich werde nicht die Verantwortung übernehmen, deshalb das Bankgesetz scheitern zu machen, weil eine directe oder indirecte Contingentirung in dasselbe aufgenommen ist.

Die Contingentirungsfrage ist keine Lebensfrage für die Banken. Das ist derselbe Standpunkt, den meiner Meinung nach der Abg. Bamberger einnehmen will. Wir sind in Bezug auf die Contingentirung immer noch unter dem Eindruck der noch nicht ganz überlundenen Krisis; ich will nur daran erinnern, daß in England, wo die Banknotenausgabe contingentirt ist, die Discontofußanfragen viel stärker sind, als bei uns. Der Abg. Richter hat die Verwaltung der Preussischen Bank getadelt, daß sie zu Zeiten mit ihrem Credit zu freigebig war; ex post lassen sich solche Vorwürfe leicht machen, aber die Entscheidung im gegebenen Momente ist ungeheuer schwierig; er wird mir zugeben, daß wenn die Bank ihren Credit einschränkt, es immer gewisse Kreise geben wird, die ein großes Geschehen über solche Bankpolitik erheben. Wenn ich ein so großes Gewicht auf die Einführung einer Reichsbank in den Entwurf lege, so gestehe ich, daß nach dieser Einführung ein Theil der Bestimmungen entbehrlich und zu verändern sein werden. Der Kathedradicalist Prof. Wagner kommt in seiner Broschüre über die Zettelbanken auf einen Hauptangriff, der gegen das Gesetz gerichtet werden kann, daß nämlich die einzelnen Banken in den Einzelstaaten nicht nach ihrer Entstehung, ihrem Geschäftsbetrieb und ihrer territorialen Ausdehnung eine verschiedene Behandlung erfahren haben, sondern daß das Gesetz alle über einen Kamm schert. Die Ungerechtigkeit, welche dadurch gegen die kleineren Banken geübt wird, könnte dadurch gemildert werden, daß diese mit einer großen Hauptbank in Verbindung treten. Man spricht über die große Notencirculation der sächsischen Banken. Abgesehen davon, daß das Königreich Sachsen einer der bevölkerlichsten, cultivirtesten und industriellsten Staaten Deutschlands ist, circuliren noch in Sachsen selbst neben den sächsischen Banknoten viele preussische und thüringische Noten. Wenn man diese mit den außerhalb Sachsens circulirenden sächsischen Noten compensirt, so wird diese Compensation wohl zum Vortheil Sachsens ausfallen. Doch solche Fragen gehören in die Commission.

Wenn man von der Entschädigung Preussens bei Uebernahme der preussischen Bank an das Reich spricht, so müssen die kleinen Staaten auch entschädigt werden, und ich bin gar nicht ängstlich, diese Entschädigungen zu gewähren, soweit sie auf billigen Forderungen beruhen, in der sicheren Zukunft, daß das Capital, welches wir dafür verwenden, in kurzer Zeit durch die einheitliche Regelung der Notenemission dem Nationalvermögen wieder zufließt. Der Herr Geh. Rath Michaelis hat uns den Vorwurf gemacht, wir ständen eigentlich nicht auf constitutionellem Standpunkte, die Errichtung einer Reichsbank neige zu einem gewissen absolutistischen Gebahren; das kann ich nicht zugeben, er lieferte mir denn den Beweis, wo und zu welcher Zeit die preussische Bank niemals nachtheilig auf die constitutionellen Verhältnisse des Landes gewirkt habe. Schließlich hat der Abg. Richter bezweifelt, ob jetzt der Moment gekommen ist, um ein solches Gesetz zu machen und gesagt, lieber kein Gesetz, als ein falsches; der Herr Finanzminister hat gesagt, wir sollten mit der Errichtung warten, bis der § 18 des Münzgesetzes in Kraft getreten sei; dadurch wird allerdings die Notencirculation etwas vermindert werden. Sollte die Majorität des Hauses den vom Vorredner angeführten Gründen Beifall schenken, dann werden meine politischen Freunde und ich unsern vollen Ernst daran setzen, das Gesetz zu Stande zu bringen und zwar unter Einführung einer Reichsbank.

Präsident Delbrück: Der Vorredner hat seinen Vortrag begonnen mit der Versicherung, daß er dem hier vorliegenden Entwurf, als er in erster Gestalt bekannt wurde, seine vollen Sympathien entgegengebracht habe in der Voraussetzung, daß das, was er eigentlich enthalten sollte, die Reichsbank, auf unüberwindliche Schwierigkeiten gestoßen sei. Dieser Gedanke, daß der vorliegende Entwurf naturgemäß die Reichsbank hätte enthalten müssen, ist in der bisherigen Discussion verschiedentlich wiederkehrend. Der Vorredner, der, wenn auch nicht formuliert, in diesem Gedanken gegen den Entwurf liegt, würde zunächst das Reichsfinanzministerium treffen, welches den Entwurf aufgestellt hat. Als es die feinsten, leichtesten Aufgabe erhielt, ein Bankgesetz auszuarbeiten, war es die kleinste Schwierigkeit, sich die Uebelstände, deren Beseitigung erstrebt werden sollte, klar zu machen. Die größte Schwierigkeit lag darin, den Weg zu finden, auf dem die Uebelstände beseitigt werden könnten. Ich glaube kaum, bemerken zu müssen, daß, wenn man an die Ausarbeitung eines Gesetzes geht und sich die Frage vergegenwärtigt, auf welchem Wege ein Ziel zu erreichen sei, man dann auch die Frage ins Auge zu fassen hat, welcher von den verschiedenen Wegen kann darauf rechnen, in den maßgebenden Factoren die Majorität zu finden. Diese man diese Frage außer Acht, so würde man äußerst unpraktisch verfahren. Der Gedanke einer Reichsbank ist ja nicht neu, sondern uns schon von verschiedenen Seiten entgegengebracht worden. Im Reichstage zunächst ist die Frage der Reichsbank ex professo behandelt worden, gelegentlich der von den Abgg. von Unruh (Magdeburg) und Telfamper eingebrachten Resolution. Schon der Wortlaut derselben zeigt, daß die Verfasser, bei ihrer Tendenz die Majorität für die Resolution zu erzielen, es für nöthig gehalten haben, in einer außerordentlich feinen zurückhaltenden Weise auch die Eventualität einer Reichsbank zu bezeichnen, weil es Anhänger derselben im Reichstage gab. Die damalige Discussion zeigte aber durchaus nicht so lebhaftes Sympathien für die Errichtung einer Reichsbank, daß man annehmen konnte, die Stimmung des Hauses sei durchaus für eine solche Einrichtung.

In der ersten Session dieses Jahres wurde die Bankfrage ex professo nicht erörtert, sondern nur beiläufig erwähnt in der Discussion über das Papiergeld. Es war aber jedenfalls eine Gelegenheit dazu gegeben, die Sache anzugehen. Wenn dies trotzdem nicht geschehen ist, so nehme ich eben an, daß die Mehrheit des Hauses nicht so günstig für eine Reichsbank gestimmt war. Wenn der Abg. Sonnemann im Eingange seiner Rede erklärte, er freue sich, daß die Reichsbank so viele Freunde im Hause gefunden habe, so kann ich das nicht erkennen; er mag vielleicht in Folge seiner Stellung in der Presse in der Lage sein, feindlicher zu sein, als ich; vielleicht hat er auch nur gehört, was er seinen Intentionen nach am liebsten hören wollte. Zuerst wurde die Frage einer Reichsbank wieder zur Sprache gebracht, als der Entwurf in den Ausschüssen des Bundesrathes zur Beratung gelangte. Dort wurde von einer Regierung der Antrag gestellt, den Entwurf zwar zu beraten, indessen gleichzeitig den Reichsfinanzminister aufzufordern, mit der preussischen Regierung in Betreff der Umwandlung der Preussischen Bank in eine Reichsbank in Verhandlung zu treten. Im Plenum des Bundesrathes wurde dieser Antrag nicht angenommen, aber die Ansicht ausgesprochen, daß die fernere Entwicklung des Bankwesens zu einer Reichsbank führen müsse. Ich habe diese Thatfachen hervorgehoben, um den, wenn auch indirecten Vorwurf abzulehnen, daß wir die Stimmung der Majorität nicht vorausgesehen hätten, zugleich auch um die Vorwürfe gegen die preussische Regierung auf ihr richtiges Maß zurückzuführen. Ich will nur beiläufig bemerken, daß, wenn der Vorredner dem Finanzminister Preussens Particularismus vorwerfen zu können meint, der preussische Finanzminister nicht Chef der Preussischen Bank ist. Schließlich ist noch die Stellung, welche dem Königreich Baiern eingeräumt worden ist, einer Kritik unterzogen worden.

Es ist behauptet worden, daß die Einführung einer Reichsbank ungemein erschwerte würde, wenn die Notenausgabebefugniß der Bairischen Bank erweitert wird. Das kann ich nicht zugeben: man kann es ja beklagen, daß wir so viele einzelne Banken haben, aber eine Erschwerung der definitiven Regelung ist darin nicht zu erkennen. Das, was wir Baiern gewährt haben, ist nichts als eine Ausgleichung gegenüber den anderen Staaten. Die Summe ist gestern angefochten, weil sie auf einer rein mechanischen Berechnung nach der Bevölkerungsziffer beruhe. Dieser Maßstab ist ja natürlich sehr leicht angreifbar. Welchen andern Maßstab soll man aber annehmen? Ich glaube, es ist nicht ganz unrichtig, wenn man annimmt, daß Baiern im Großen und Ganzen den durchschnittlichen Verhältnissen im übrigen Deutschland gleichsteht, Baiern hat seinen Ueberbau ebenso wie wir in Norddeutschland, es hat eine eminent entwickelte Industrie und endlich in seiner linksrheinischen Provinz, wo die Industrie zwar nicht in der höchsten Potenz entwickelt ist, wird der Wohlstand seiner Bevölkerung erheblich über dem Durchschnitt stehen. Bei solchen Verhältnissen wird kaum ein anderer angemessener Maßstab bezeichnet werden können, als der der Bevölkerungsziffer.

Abg. v. Unruh: Ich würde das Wort nicht ergreifen haben, wenn ich nicht dazu engagiert wäre durch eine Erklärung des Herrn Präsidenten des Reichsfinanzministeriums und durch eine Broschüre, in der ich mich principiell für vorgelegte Noten erklärte. Ich bin auch bis heute nicht zur Ueberzeugung von der weltbeglückenden Kraft und Macht der ungedeckten Zettel gelangt. Ich gehöre im Princip zu denen, welche Herr Abg. Vamberger Metallschwärmer nennt. Das soll aber nicht bedeuten, daß ich im Principe für gedeckte, in der Praxis für ungedeckte Noten bin. Es giebt aber auch keinen Metallschwärmer, welcher verlangt, daß in kurzer Zeit alle ungedeckten Noten aus der Welt verschwinden sollen. Ein Uebergang ist nothwendig, da berechnete Interessen gehonnt werden müssen. Ein Boden für die Verthädigung scheint nur darin gefunden zu sein, daß Reichstag und Bundesrath darüber einverstanden sind, daß eine Begrenzung der ungedeckten Noten nöthig ist. Zettelbankfreiheit ist von Renten des praktischen Lebens, die auch die geübte wissenschaftliche Bildung besitzen, seit langer Zeit nicht mehr gefordert worden. Auch Abg. Richter hat nicht für dieselbe plaidirt, sondern nur gegen die Centralisation des Bankwesens durch eine Reichsbank. Wenn wir über die Begrenzung einig sind, so kommt zunächst die Frage nach der Art der Begrenzung zur Sprache. In der Wirklichkeit gab es nur eine, nämlich die Feststellung der Ziffer; der Entwurf führt noch eine zweite an, die sogenannte indirecte Contingentirung. Das größte Beispiel der Contingentirung haben wir in England. Redner berichtet sich über die Peel'sche Acte von 1844, nach welcher die englische Bank mit Metall gedeckte Noten ausgeben kann, so viel sie will, an ungedeckten aber nur so viel, als der Staat der Bank schuldet, welche Summe gegenwärtig 14½ bis 15 Millionen Pfund Sterling beträgt. Er hält dieselbe für überaus nützlich in ihren Wirkungen; die Engländer, welche tüchtige Kaufleute seien, hätten deshalb durchaus keine Veranlassung genommen, die Peel'sche Acte etwa abzuschaffen, obgleich dieselbe in der Theorie vielfache Angriffe gefunden hätte.

Die Peel'sche Acte seien auch bis heute nur drei Mal, in Zeiten der Krisis suspendirt worden, und das spreche sehr für die Acte, deren Hauptzweck sei, daß sie nach der Notenanarchie, die bis 1844 in England herrschte, die Speculation wieder gewöhnt hat, in den vorhandenen Zahlungs- und Circulationsmitteln die natürliche Grenze zu finden, die sich der tüchtige Geschäftsmann nach der aus der Wochenübersicht der Bank hervorhebenden Notenreserve der Bank bemisst. Sei die Reserve gering, so werde er sich von der Speculation mehr zurückziehen und sich baare Geldmittel zu verschaffen suchen. In bestimmten Fällen könnte sich allerdings die Nothwendigkeit herausstellen, die Noten zu vermehren; dann müßten die Minister auf ihre eigene Verantwortung den Banken gestatten, etwas mehr Noten auszugeben und das Parlament nachträglich die Genehmigung erteilen. Redner fährt alsdann fort: Nun, meine Herren, habe ich vorhin der zweiten Art der Contingentirung gedacht und zwar der durch eine Steuer von 1 Prozent bis zu einer gewissen Summe von 5 Prozent und darüber hinaus. Die Absicht der fünfprocentigen Steuer ist ja klar; ich hoffe, daß ihre beabsichtigte Wirkung eintreten wird, aber: es ist ein neues Experiment, wie ich mir kein ähnliches denken kann und worüber wir noch keine eigenen Erfahrungen haben. Ein wichtiger und Besorgniß erregender Punkt ist bisher noch nicht erwähnt worden, das ist die von mir besprochene sprunghafte Erhöhung des Disconts. Jede solide verwaltete und große Bank wird unter Umständen ja zur Disconterhöhung übergehen; aber wünschenswerth ist es doch, daß dies successive geschieht und daß der Discont, wie ich immerhin befürchte, nicht etwa von 3-4 Prozent plötzlich auf 7-8 Prozent springt. Ich muß ferner noch auf einen Punkt zurückkommen, der noch fast gar nicht berührt ist; das ist das Bankcapital, von dem in dem Gesetzentwurf so gut wie gar nicht die Rede ist.

Herr Abg. Vamberger, den ich einen Notenfanatiker nennen möchte, meint, die feste Vertheilung der Bank, ihre Noten auf Erfordern mit klingender Münze einzulösen, hätte mit dem Capital gar nichts zu schaffen und der Umsatz, den Bankinstitute machen, sei ein so großer, daß gegen ihn das Bankcapital fast verschwinde. Auf dem Bankcapital liegt somit keine Sicherheit. Eine Bank ist doch aber in gewissem Sinne nichts anderes als ein großer Banquier. Das Verhältniß zwischen dem Umsatz und dem Vermögen eines Bankhauses ist ein ganz ähnliches, wie zwischen dem Umsatz der Bank und dem Bankcapital. Nichtsdesto weniger lehrt die Erfahrung, daß ein Bankhaus, welches etwa nur 1 Mill. Capital und 60, 80, 100 Mill. Umsatz hat, wenn es nur solide Geschäfte macht, nur gute Wechsel discountirt, nur gute Effecten beilegt, ein großes Vertrauen genießt. Wenn es aber plötzlich heißt, das Vermögen des Bankhauses ist fort, so ich auch das Vertrauen zu demselben verschwindet. Diese Erscheinung hat ihren guten Grund. Sowohl ein solider

Banquier, wie eine solide Bank werden nur Umsätze von der Art machen, daß die Verluste, die sie möglicherweise erleiden können, sich nur auf wenige Procente des Umlages beschränken. Die Geschäftswelt macht im Allgemeinen einen Anspruch darauf, daß, wenn Krisen eintreten, die Banken helfen sollen. Privatbanken müssen dann aber vor allen Dingen für sich selber sorgen, um, wenn es gefordert wird, ihre Noten einlösen zu können. Auf diese Weise werden Krisen durch die Privatbanken nur verschärft. Herr Abg. Vamberger erwartet in solchen Fällen Hilfe nur von einer Centralbank. Ich habe für eine solche centralisirte Bank nie große Sympathien gehabt und doch bin ich nach sorgfältiger Erwägung der ganzen Angelegenheit zu der Ueberzeugung gekommen, daß wir ohne Reichsbank nicht durchkommen können. Die preussische Bank könnte die Reichsbank großentheils ersetzen, wenn die Verwaltung der preussischen Bank und der ihr vorgelegte Minister stets mit der Bundesregierung nach einem Ziele hinarbeiten. Dafür ist aber eine Garantie nicht gegeben.

Verwandelt sich dagegen die Preussische Bank in eine Reichsbank, dann steht sie unter den Reichsbehörden und dann ist dieses Bedenken vollständig beseitigt. Noch aus einem andern Grunde bin ich für eine Reichsbank. Wir und England haben allein keinen Zwangscours, wenn aber auch Frankreich, wie voraussichtlich den Zwangscours aufhebt und auch andere Großstaaten diesem Schritte folgen, dann tritt ein Kampf um das Gold ein, ich möchte sagen ein Valutakrieg. In diesem Kampf stehen uns dann zwei straff centralisirte Banksysteme in England und Frankreich gegenüber und wir könnten ohne Reichsbank nicht ebenbürtig gegenüberstehen. Es würden auch mit der Errichtung einer Reichsbank die kleinen Banken wie in England sich in Depositenbanken verwandeln, zum Nutzen des Landes und zu ihrem eigenen Nutzen. Der Entwurf kündigt sich selbst als ein Interimistum an, er sagt aber nicht, welches das Ziel sei. Mit der Reichsbank kommen wir aber schnell zu einem Definitivum, welches durchaus nöthig ist in Anbetracht des jetzigen Zustandes. Gehen Sie in Berlin nur die großen Geschäfte durch — ich will nur von den großen Maschinenbauanstalten und Gießereien auf der Chausseestraße verweisen, die ich am meisten kenne, die 18-20,000 Menschen beschäftigen, ehe die schlechten Conjunctionen eintreten, und fragen Sie bei jedem einzelnen Geschäft: wie viel Rassenbestand heute vorhanden, so wird geantwortet werden: „20-30-40,000 Thlr.“ Aber nun fragen Sie: wie viel Courant habt Ihr? dann wird der Cassirer antworten: „ich werde gleich einmal nachsehen“, und dann erklären: „100, 200 oder 300 Thlr.“ und dennoch zahlen die Fabrikanten den Lohn, der in der guten Zeit vor dem Rückschlage über 100,000 Thlr. wöchentlich betrug, in Courant. Dasselbe wird Freitag in guter Zeit vom Cassenverein in schlimmer Zeit von der Bank geholt, nöthigt in der Fabrik und am anderen Tage wandert es aus. Dann tritt der normale Zustand wieder ein; Zettel und nichts als Zettel, und meistens sogenannte milde Scheine; ein preussischer Schein ist eine Notharbeit bei uns, die bekommen wir nur ausnahmsweise einmal von den königl. Cassen. Wenn nur eine Nimmse an ein hiesiges solides Bankhaus in solchen Scheinen gezahlt werden muß, so wird ¼ Prozent Verlust berechnet, bei den französischen nur ½ Prozent, also die Sachen sind ½ Prozent besser in dieser Beziehung. Das sind Zustände, die zu den schlimmsten Folgen führen müssen und ganz unerträglich sind.

Dieser Gesetzentwurf so wie er ist, wird, und hierin stimme ich mit dem Geh. Rath Michaelis nicht überein, der zu schaffenden Reichsbank unüberwindliche Schwierigkeiten bereiten. Er wird die kleineren Banken, die es noch nicht sind, lebensfähig machen, auch wenn er ihren Notenumlauf beschränkt. Es wird namentlich auch von den Banken außerhalb Preussens bei Weitem mehr Widerstand geleistet werden gegen die Reichsbank und es ist das nur der naturgemäße Einfluß so großer Institute, den sie in den einzelnen Staaten haben müssen. Ich kann also der Ansicht nicht beipflichten, daß wir ruhig diese Gesetz votiren können und hinterher die Reichsbank. Nun wünsche ich zwar dringend, daß wir bis zu Weihnachten fertig werden, aber ich halte es nicht für wahrscheinlich, und ich sehe deshalb nicht ein, weshalb nicht bis zu diesem Zeitraum bis inclusive Januar das Gesetz nicht so umgewandelt werden kann, daß die Reichsbank mit hinein käme. Ich möchte und hoffe, daß in der Commission eine Verständigung hierüber herbeigeführt werde.

Preussischer Finanzminister Camphausen: Die Worte des Vorredners veranlassen mich, über die sogenannte indirecte Contingentirung noch ein Wort zu sagen. Der Vorschlag der verbündeten Regierungen bezweckt, dem deutschen Vaterlande die großen Vortheile zu sichern, welche die Peelsacte England gebracht hat und beabsichtigt zugleich, das deutsche Vaterland vor den überaus großen Nachtheilen zu bewahren, welche die Peelsacte ebenfalls gebracht hat. Diese überaus großen Nachtheile liegen in den Zeitpunkten, wo (darin stimme ich vollständig mit dem Abg. Vamberger überein) die Zettelbanken erst zeigen müssen, was sie sind. In dieser Hinsicht setzt der Gesetzentwurf eine bestimmte Zahl fest. Man mag aber ihre Höhe streiten, man mag dabei überlegen, wie sehr unsere Verhältnisse durch Einziehung der kleinen Noten-Apports einer Umgestaltung entgegen gehen. Hätten wir den 1. Januar 1876 hinter uns, so würde das Jedermann erkennen; vor diesem Termin können vielleicht nur die Kundigen vollständig übersehen, was der Artikel 18 des Münzgesetzes für eine Bedeutung hat. Lassen wir diese Frage vollständig auf sich beruhen, so sagt der Entwurf; hier ist die Grenze gezogen, wo wir der beliebigen Fabrication von Geldzeichen, die wie Geld umlaufen, ein Ziel setzen; der Verkehr mag sich frei bewegen, er mag eine Aenderung annehmen, wie sie den Bedürfnissen entspricht, er soll sich aber darauf einrichten, innerhalb einer gewissen Grenze zu bleiben. Das war der eine Gedanke, welcher der Peelsacte zu Grunde lag und nur Theoretiker werden verkennen können, welche unendlichen Vortheile dem englischen Creditwesen diese Bestimmung gebracht. Was bedeutet nun eigentlich unser Vorschlag in Bezug auf die Sprocentige Steuer? Diese 5 Prozent bedeuten nichts anderes als den Zinsfuß, zu dem man in regulärer Zeit sich das Capital beschaffen kann, sie sagen nichts Anderes als: wir verleihen der Bank das Handwerk, daß sie künstliche Creditmittel in Bewegung setze, die sie nicht kosten, und wir führen sie darauf hin, daß bei Annäherung an jene Grenze, sie ihrerseits eben dasselbe für das Geld bezahlen muß, was alle Anderen für den Genuß des Geldes auch bezahlen müssen.

Wir wirken also darauf hin, daß die Bank sich bemühe, nicht zu dem einzigen Auskunftsmitel der Notensfabrication zu greifen. Die Möglichkeit, zu diesem Mittel greifen zu können, hat selbst eine so solide Bank, wie die Preussische Hauptbank, in große Irrthümer geführt, nämlich dazu, daß die Masse der ungedeckten Noten von Jahr zu Jahr in ihrem Umlauf gestiegen ist. Wenn wir nun statt der Peels'schen Schwankungen hier eine feste, unübersteigliche oder doch nur durch einen Gewaltstreich übersteigbare Grenze durch den Satz der Sprocentigen Steuer gezogen haben, so ist die Folge davon, daß bei großen geschäftlichen Krisen nicht die ganze Geschäftswelt gezwungen ist, sich fragen zu müssen, jetzt ist bald der Augenblick da, wo baares Geld für keinen Preis mehr zu haben ist, jetzt muß Jeder sich eine viel größere Summe, einen viel größeren Vorrath von Geld halten, als er sonst nöthig hatte, er muß Besitzthümer zu dem geringsten Preise loslagern, um sich nur ja nicht der Gefahr auszusetzen, die ja für ein kaufmännisches Geschäft beispielsweise Alles bedeutet; Ehre und Reputation zu verlieren dadurch, daß er seine Verpflichtungen nicht erfüllen kann. Hier sagt nun unser Vorschlag: Wenn eine solche Zeit, eine solche Krise eintritt, anstatt dann gerade die Ausgabe von Noten unmöglich zu machen, und so das Uebel zu vergrößern und zu verschlimmern, lassen wir die Vortheile und die Wohlthat der Note ihre volle Wirkung thun; gerade in solchen trostlosen Zeiten ist ein Institut da, das mit seinem Credit, mit seinen Geldeinstellungen wirksam eintreten und die Gefahr beschwören kann. Ich würde einem Bankgesetz, welches die Bestimmung, wie die Peelsacte enthält, meine Zustimmung niemals geben, ich würde die außerordentlichen Gefahren, die England dreimal in großen, schweren Zuckungen zu bestehen gehabt hat, nicht heraufbeschwören können; allein von diesem unsern Vorschlage, der die Elasticität der Noten bewahrt, der ihre Wirksamkeit gerade in dem entscheidenden Augenblicke sichert, von diesem Vorschlage behaupte ich, daß er nicht allein uns zum Genuß gereichen wird, sondern daß er das Bankwesen in Europa vor und nach umgestalten wird.

Es wird nun die Besorgniß geäußert: Wie komme die Bank, die 3 bis 4 Prozent genommen hat, dazu, mit einem gewaltigen Sprung auf 8 Prozent steigen zu müssen. Dies Verhältniß, meine Herren, wird und kann nie eintreten, wenn die Bankverwaltungen ihre Aufgabe richtig würdigen. Thun sie dies, so müssen sie sich für den gewöhnlichen Verkehr so einrichten, daß sie innerhalb der durch die Sprocentige Steuer ihnen gezogenen Grenze sich bewegen. Sie werden auch innerhalb dieser Grenzen den Discont nicht immer auf 3-4 Prozent zu halten, sondern ihn je nach Umständen bis auf 6 Prozent hinaufzubringen haben. Wenn nun solche Krisen, wie ich sie vor-gesetzt, eintreten, dann spielt die Höhe des Disconts im Geschäftsverkehr gar keine Rolle mehr, dann kommt es einzig und allein darauf an, durch die Höhe des Disconts das Metallgeld von allen Seiten heranzuziehen, seinen Abfluß zu hindern und so die eingetretene Krise zu brechen. — Ueber die Frage, ob Reichsbank oder nicht, werde ich im Allgemeinen kein Wort mehr verlieren, sondern will nur dem Abg. v. Kardorff auf die Aeußerung antworten, daß die Besorgnisse wegen meines Particularismus bei ihm völlig verschwunden seien, daß er nur noch einen dunklen Punkt am Horizonte erblicke, nämlich die Frage, ob der preussische Finanzminister wohl die Preussische Bank wollte unter die Controlo des deutschen Reiches gelangen lassen.

Seit mehr als einem halben Jahre, m. H., vergeht kein Tag, wo mich nicht die Bankfrage beschäftigt. Meine Gedanken habe ich dieser Frage nach allen ihren Richtungen zugewendet, und ich hoffe, daß wenn ich in dieser Frage das Wort ergreife, Sie zugehört werden, daß ich in dieser Materie nicht ganz unbewandert bin. Aber, m. H., niemals in dieser Zeit haben sich meine Gedanken damit beschäftigt, ob es für uns ein Interesse haben könnte, die Controlo über die Preussische Bank in unseren, statt in Reichshänden zu sehen.

In dieser Beziehung gebe ich Ihnen so viel plain pouvoir als Sie nur wollen. Es ist ein großer Irrthum, wenn überhaupt gesagt wird, daß ein Institut wie die Preussische Bank wesentlich von der Regierung abhängt. Es giebt ja in unseren Einrichtungen einen bestimmten Kreis, wo der Chef der Bank gewisse Functionen wahrzunehmen hat. Der Chef der Bank in Preußen ist zur Zeit der Minister Ahenbach; ich bin niemals der Chef gewesen und habe eine directe Einwirkung auf die Preussische Bank nie gehabt und wenn es sich um die Einwirkung des Finanzministers handelt, nun, m. H., so weiß ich mich sehr wohl zu erinnern, wie es nicht bloß der preussische Generalstab war, der die Verhältnisse der Bank in kritischen Zeiten verbesserte, sondern daß es auch der preussische Staatsrath war, den der Finanzminister immer bereitwillig geöffnet hielt gerade dann, wenn die Bank des baaren Geldes am meisten und dringendsten bedurfte. Wie Sie sich auch über die Frage der Reichsbank entscheiden mögen, diese Sorge, die der Abg. v. Kardorff äußerte, darf Sie nicht beunruhigen.

Abg. Siemens: Nach den dankenswerthen Erklärungen des preussischen Finanzministers bleibt mir nur noch übrig, in meinem und im Namen einiger meiner Freunde zu erklären, daß wir principiell auf dem Boden dieses Entwurfs stehen, jedoch glauben, daß die nothwendige Consequenz des Entwurfs die Reichsbank sein wird, und ich freue mich, daß ein principieller Widerstand gegen die Reichsbank beim preussischen Finanzminister nicht mehr vorhanden ist. Die Grundbankhaushalten in dieser Frage, welche die Herren Delbrück und Camphausen vorgekoren und heute entwickelt haben, sind mit vollständig aus dem Herzen gesprochen (sie haben sich bewährt in der historischen Entwicklung unserer finanziellen Gesetzgebung. Aus dem Grundsatze der Feindschaft gegen alle Banknoten und gegen alles Papiergeld, folgt als letzte Consequenz, daß unsere Münzreform nicht früher wird durchgeführt werden können, als bis wir der sehr weit hinausgehenden Vermehrung des Papiergeldes werden ein Ende gemacht oder wenigstens feste Schranken gezogen haben. Ich glaube nicht, daß wir mit Durchführung dieses Prinzips sehr lange warten können. Die Einwürfe, welche gegen die Regierungsvorlage in der Presse und in der Geschäftswelt erhoben wurden, haben sich vornehmlich auf 3 Momente gestützt: nämlich auf die Schwierigkeiten der Münzreform, auf die Schwierigkeiten, welche bei Regulirung der 5 Milliarden-Entschädigung entstanden sind, und endlich auf unsere gegenwärtige ungünstige Handelsbilanz. In Bezug auf den ersten Punkt muß ich dem Abg. Vamberger durchaus darin widersprechen, daß Frankreich den Besitz des Goldes, den ihm das Ausland nicht wieder entreißen könne, im Wesentlichen der Institution der französischen Bank verbanke.

Eine Bank an sich ist ganz ohnmächtig, wenn nicht hinter ihr die sparsame Bevölkerung steht, die Handel und Gewerbe treibt und durch ihren Fleiß Forderungen an das Ausland erwirbt, die dieses demnach mit Gold bezahlen muß. Ebensovien kann eine Bank ohne ein industrielles Volk hinter sich etwas erreichen, wie der berühmte General, den wir in unserer Mitte haben, eine Schlacht gewinnen könnte, ohne Armeen. Ich komme nun zu der fünf Milliarden-Entschädigung. Dieselbe ist in viererlei Weise geleistet worden: theils baar in Gold und Silber; zweitens durch Ueberweisung aller der Forderungen, welche der preussische Staat durch den Verkauf von französischen Rente an das deutsche Privatpublicum erworben hatte. Diese Rente ist im Wesentlichen nach Frankreich wieder zurückgewandert und unsere Privatleute sind in den Besitz ihrer Fonds zurückgekehrt. Auch dieser Theil des Geschäfts zwischen Volk und Volk ist also abgewickelt. Drittens hat die französische Regierung von ihren Unterthanen alle die Forderungen übernommen, welche dieselben theils direct, theils indirect aus ihrem Baarenverkehr gegen deutsche Unterthanen erworben hatten; dieser Theil ist noch nicht ganz zwischen den beiden Nationen abgewickelt. Der vierte Fall ist der: eine Reihe französischer Unterthanen, welche die Absicht hatten, französische Rente zu erwerben, verkauften zu diesem Behufe eine Reihe ihrer fremden Staatspapiere, italienische, amerikanische, russische, türkische und ägyptische an das Ausland. Ein großer Theil derselben ist theils direct, theils indirect über England nach Deutschland gekommen und die deutschen Privatleute sind wieder verpflichtet worden, diese Summe für Rechnung der Regierung an das deutsche Volk zu zahlen.

Nun hat das deutsche Volk unserem deutschen Publicum so leicht wie möglich zu machen gesucht; aber ein großer Theil dieser Fonds und Effecten befindet sich noch gegenwärtig in deutschen Händen und ich habe die feste Ueberzeugung, daß die nöthigen Mittel zu deren Bezahlung angeschafft werden mußten, theils durch Credite gegen Lombardbanken bei den Zettelbanken, theils durch Credite, die an ausländischen Börsen gesucht wurden. Insofern ist hier die Abwicklung zwischen Volk und Volk noch nicht beendet und diese Schulden müssen bezahlt werden entweder durch Baaren oder durch Gold oder durch den Verkauf der Effecten. Für die Möglichkeit der Deduction dieser Schuld durch Baaren liegt unsere Handelsbilanz im Augenblick nicht sehr günstig, andererseits sind wir ebenso wenig geneigt, unser Gold dazu herzugeben. Es bleibt daher nur übrig, einen gelinden Druck auf das Publicum zum Wiederverkauf dieser noch nicht bezahlten Effecten zu veranlassen. Die Zahl derselben ist sehr groß, denn der Betrag der in Frankreich eingewanderten italienischen Rente repräsentirt z. B. allein 600 Millionen Francs. Die Sache ist daher nur dann zu machen, wenn die Regierung auf die Banken einwirkt, ihren Discont zu erhöhen, monach der deutsche Capitalist es vorziehen wird, die deutschen Wechsel zu kaufen und die fremden Effecten zu verkaufen. Und das ist ein Moment, welches gewichtig dafür spricht, so bald wie möglich unsere Banknotencirculation zu verringern. — Wenn ich nun weiter auf die Frage der Handelsbilanz komme, so sehen wir, daß diese in den Jahren 1872 und 1873 sehr erheblich gegen Deutschland stand, daß wir jedes Jahr 300 Millionen Thaler dem Auslande schuldig geblieben sind. Auch die commercielle Situation war nach meiner Meinung eine Folge des Irrthums, der über die 5-Milliardenzahlung obwaltete, daß dieselben nämlich von Volk zu Volk bezahlt seien, während sie doch von Staat zu Staat bezahlt sind. In Folge dieses Irrthums hätte jeder von uns sein Consum vermehrt. Nachdem wir alle in diesem Jahre den Irrthum erkannt, ist eine wunderbare Veränderung in unserer Handelsbilanz eingetreten: die Einfuhr von Rohproducten ist sehr verringert, unser Consum hat sich verringert und die Ausfuhr hat überall bei uns bedeutend zugenommen, mit Ausnahme von Locomotiven und Dampfmaschinen und Wollenwaaren. Und gerade dieser erfreuliche Fortschritt unserer Handelsbilanz fällt gerade zusammen mit einer Reduction unserer Banknotencirculation gegen das Vorjahr. Dieses Ziel der Reduction verfolgt nun der Entwurf in einer zugleich sehr schonenden und sehr energischen Weise, indem er die Interessen der Industrie und des Handelsstandes, wie dieselben durch die Zettelbanken besriedigt zu werden gewohnt sind, nach wie vor conservirt und dazu noch das zweite Moment kommt, daß die Sprocentige Steuer unseren Zettelbanken erlaubt, bei vorübergehenden Bedürfnissen unseres Handels und unserer Industrie ihre Zettelausgabe zu vermehren. Die Gefahr, daß das Discont so sehr hoch dadurch steigen könnte, ist meines Dafürhaltens schließlich sehr gering. Man hat berechnet, daß die Preussische Bank ungefähr 30 Millionen Thaler ungedeckter Noten mehr ausgeben kann, als sie gegenwärtig ausgiebt, und daß sie den Discont nur um 1 Prozent zu steigern braucht, um die Sprocentige Steuer von den Schultern der Actionäre auf die der Wechselkäufer abzuwälzen.

Nun hat der Geh. Rath Michaelis Ihnen nachgewiesen, wie jedes Mal nach einer Periode lebhafter Geschäfte und lebhafter Creditgewährung eine nicht unbedeutende Ziffer von Noten in dem Verkehr zurückgeblieben ist. Von dem Augenblick an, wo Sie die Steuer einführen, hört das auf, denn die Bankactionäre werden ein Interesse daran haben, in ruhigen Zeiten die Noten wieder einzuziehen. Die Einrichtung, welche die Elasticität der Noten in hohem Grade verstärkt, halte ich zugleich für die Hauptstärke des Gesetzes. Der Abg. Sonnemann hat eine andere Contingentirung vorgeschlagen, indem er meinte, eine organische Behandlung der Sache sei besser als eine automatische, d. h. er hält die wohlmeinende Willkür eines Bankpräsidenten für besser als ein Gesetz; mir scheint aber in unserm Verkehr ein Gesetz ebenso notwendig als auf anderen Gebieten des Lebens. Diese Contingentirung mag für den Kaufmannsstand viel Unannehmlichkeiten nach sich ziehen; er wird gezwungen, vor einer Speculation sich zu vergewissern, ob er auch den erforderlichen Credit finden wird, ob er nicht durch Discontschwankungen in seinen Operationen beeinträchtigt wird. Allerdings wird dieses Moment den Kaufmann verbinden, in der Bank die gute Wama zu sehen, die ihm bisher immer das billige Credit bereitwillig schenkte, vielmehr wird darin den strengen Vater fürchten, der manchmal den Brothof höher hängt, aber ich meine, daß dieses pädagogische Moment ganz nützlich wirken wird. Aber dann muß man auch ein Institut geben, nach welchem der Kaufmannsstand seine Operationen richten kann und weder die Bank in Baden noch die in Würtemberg sind Barometer, an denen man künftige Schwankungen vorhersehen kann.

Das die Preussische Bank ein solches Institut sei, möchte ich bezweifeln. Das Gebiet der Preussischen Bank, das können wir aus dem Westfälischen ersehen, beträgt ungefähr 3½ Milliarden Wechsel, während in ganz Deutschland ungefähr 5½ Milliarden acceptirt worden sind, d. h. das Verkehrsgebiet der preussischen Bank umfaßt nur ⅓ des deutschen Gebietes. Ferner behauptet der Finanzminister, daß jeder einzelne Staat sich eine Filiale der Preussischen Bank ausbitten könne. Einmal bemerke ich, daß ein großer Staat sich deswegen an die Preussische Bank wenden wird, die ja durch ihr Capital kaum einer so ungeheuren Ausdehnung fähig ist und kaum ein Interesse an solcher Ausdehnung hat, wenn man sie contingentirt und ihr den Staatscredit, den sie hinter sich hat, beibringt. Ferner kann sich die Preussische Bank gar nicht ohne Zustimmung des Preussischen Landtages auf außerpreussische ausdehnen. Die Noten der Preussischen Bank sind eben nur Credit des preussischen Staates und ein Aufkaufen von Wechseln mit diesem preussischen Staatscredit außerpreussisch wäre doch in kritischen Zeiten für Preußen sehr un bequem und würde auch wohl vom preussischen Abgeordnetenhaus nicht immer gebilligt werden, wie dies ja schon 1865 einmal geschehen ist. Daß bei der Umwandlung der Preussischen Bank in eine Reichsbank allzu große Schwierigkeiten entstehen würden, glaube ich nicht; der Abgeordnete Lasker hat bereits nachgewiesen, daß diese Schwierigkeiten rein formeller Natur sind; die Motive haben die Zulässigkeit einer solchen Umwandlung nicht abgelehnt und der Herr Finanzminister hat selbst erklärt, daß er billigen und vernünftigen Bedingungen gern sein Ohr leihen will. Ich sehe also gar keine Schwierigkeiten und am allerwenigsten für eine Regierung, die in der Lage ist, sich überlegen und rechnen zu müssen, daß sie die Majorität für das Gesetz nur finden kann, wenn sie sich verständigt, mit dem Reichstage über das Prinzip dieser Reichsbank. Bei gutem Willen also wird diese Schwierigkeit wohl zu lösen sein.

Nun hat sich noch der Abg. Richter principiell gegen die Ueberführung der Preussischen Bank in eine Deutsche Reichsbank erklärt und zwar, weil er die Preussische Bank an sich für ein einer verständigen Volkswirtschaft und Gesetzgebung nicht entsprechendes Institut hält. Ich habe nun zwar in einer Broschüre selbst eine Reihe von den Argumenten des Abg. Richter vertreten, glaube aber doch, daß diese Argumente bei ihrer gestrigen Anwendung nicht den ausgedehnten Beifall verdienten und daß man von der Theorie auf einen praktischen Boden überzugehen hat, d. h. zu fragen, ob wir durch diese Ueberführung besser oder schlechter gestellt werden. Die Preussische Bank war bisher eine Monopolbank mit unbeschränkter Noten-Emission, nach der Ueberführung wird sie eine Centralbank mit beschränkter Noten-Emission. Zugleich aber hat die Ueberführung die Folge, daß das der Preussischen Bank belassene Quantum Noten auf ein größeres Terrain sich vertheilt und daß ihr also die Gewährung langer Credite verringert wird. Sie wird, wenn sie erst Reichsbank geworden ist, ein ganz anderes Geschäft machen müssen, ein Geschäft, das dem Geschäftsbetrieb der Reichspost entspricht, nämlich den Intassobetrieb. Das Creditgeschäft wird sie den Depositenbanken überlassen müssen. Die Gefahr für den Staat wird auf diese Weise am allerbesten vermieden werden. Das Geheimniß von Vermeidung kaufmännischer Gefahr liegt in der Vertheilung der Risico's; je größer das Gebiet einer Bank, um so geringer ist die Gefahr. Aus allen diesen Gründen möchte ich mir erlauben, Ihnen die Annahme des Lasker-Münningerode-Hohenlohe'schen Antrages zu empfehlen. (Beifall.)

Damit ist die Reihe der Redner, welche sich zu dem Gegenstande gemeldet haben, erschöpft und es handelt sich nunmehr um die Entscheidung über die Zulässigkeit des Antrages Lasker. In Erwägung: daß es zur gesetzlichen Regelung des Bankwesens nothwendig erscheint, die Bestimmungen des vorliegenden Gesetzesentwurfs durch Bestimmungen über die gleichzeitige Einrichtung einer Centralbank für das Reich zu ergänzen, und daß diese Aufgabe am besten durch Vorberatung in einer Commission sich erreichen läßt, überweist der Reichstag den Gesetzesentwurf zur Vorberatung an eine Commission.

Dagegen hat Abg. Windthorst beantragt, zu erklären: In Erwägung, daß der Antrag der Abgeordneten Lasker und Genossen mit § 16, Absatz 2 und 3 der Geschäftsordnung unvereinbar ist, geht der Reichstag über diesen Antrag zur Tagesordnung über.

Präsident v. Forckenbeck: Ein Antrag in der Form des Lasker'schen Antrags kommt heute zum ersten Male vor das Haus; ich habe denselben nach meiner Ueberzeugung für zulässig gehalten, und deshalb dessen Vertheilung angeordnet, ohne jedoch damit ein Präjudiz schaffen zu wollen, und daher auch die Consequenz gezogen und den Antrag Windthorst ebenfalls vertheilen lassen. Das zweite Alinea des § 16 lautet: „Vor Schluss der ersten Verathung auf die Vorlage selbst bezügliche Änderungsanträge einzubringen, ist nicht gestattet.“ Nun schließe ich aus den §§ 17, 18, 46 und 47, daß unter Änderungsanträgen nur solche Anträge zu verstehen sind, die directe Änderungen einer Vorlage bezwecken und ausdrücklich anderen Anträgen auf Tagesordnung u. s. w. gegenübergestellt werden. Für meine Auffassung spricht aber auch die Entstehungsgeschichte des § 16 unserer Geschäftsordnung.

Es handelte sich im Jahre 1869 um das Wahlgesetz für den Norddeutschen Bund und waren damals schon bei der ersten Lesung der Vorlage zahlreiche Änderungsanträge von dem Abg. v. Lüd. eingebracht worden. Die Frage nach ihrer Zulässigkeit erschien zweifelhaft und wurde der Geschäftsordnungs-Commission zur Untersuchung überwiesen. Dieselbe entschied dahin, daß Amendements bei der ersten Lesung nicht eingebracht werden könnten, und diese Bestimmung wurde bei der neuen Redaction der Geschäftsordnung in diese hineingebracht. Ich kann nun nicht annehmen, daß der Antrag der Geschäftsordnung entgegen steht, weil er weder der Form noch seinem Wesen nach ein Amendement ist; seinem Wesen nach schon darum nicht, weil sich gar nicht überlegen läßt, welche Amendements der Vorlage er zur Folge haben wird, und weil er nur einen Vorschlag für die Behandlung des Gesetzes enthält. Der Schwerpunkt der Frage liegt meines Erachtens in den Schlussworten des § 19: „Der Reichstag kann, wie am Schlusse der ersten, so in jedem Stadium der folgenden Verathung bis zum Beginne der Fragestellung den Gesetzesentwurf oder einen Theil desselben zur Vertheilung an eine Commission verweisen, welche sich nur mit dem ihr überwiesenen Gegenstande zu beschäftigen hat.“ Die Ueberweisung am Schlusse der ersten Verathung ist also allen anderen ganz gleichgestellt, und das kann nur die Bedeutung haben, daß der Reichstag stets die Herrschaft über die Arbeiten der Commission in der Hand behält. Etwas Anderes bezweckt der Antrag Lasker auch nicht, weshalb ich ihn, wie erwähnt, für geschäftsordnungsmäßig halte.

Abg. Windthorst (zur Geschäftsordnung): Ich behaupte, dem Präsidenten, dessen Autorität ich mich sonst gern füge, heute widersprechen zu müssen. Die Sache würde, wenn sie lediglich eine Geschäftsordnungsfrage beträfe, mich nicht weiter beschäftigen und ich würde sie haben geschehen lassen, wie Vieles in Bezug auf die Geschäftsordnung geschehen lassen, z. B. freie Commissionen, Gruppen und alle die Erfindungen, welche Herr Lasker macht, um der von ihm selbst geschaffenen Geschäftsordnung ein Schnippen zu schlagen. (Große Heiterkeit.) Hier handelt es sich aber um die viel wichtigere Frage, ob wir im gegenwärtigen Augenblicke das Princip der Regierungsvorlage verlassen und eine andere an ihre Stelle setzen wollen. Ich habe mir trotz der dreitägigen Debatten eine Meinung über die Reichsbank noch nicht gebildet, was für die Herren, die Bücher geschrieben haben, wohl leichter gewesen sein mag. Wer dem Finanzminister und dem Abgeordneten Richter aufmerksamer zugehört hat, für den wird der Nutzen einer Reichsbank etwas zweifelhaft sein. So lange mir nicht ihr Statut vorgelegt ist und ich nicht die Garantie dafür kenne, daß in den oft erwähnten Kreisen Alles ordnungsmäßig hergeht und die Bank nicht politisch mißbraucht wird, so lange kann ich nicht für eine Reichsbank stimmen, weil sie für mich etwas Undefinirtes, logisch Unmögliches ist. (Abg. Lasker: Zur Geschäftsordnung.)

Präsident v. Forckenbeck: Ich habe den Redner nicht unterbrochen, weil ich bis jetzt nicht wissen kann, in wie weit seine Ausführungen auf seinen Antrag Bezug haben.

Abg. Windthorst (fortfahrend): Ich spreche zwar zur Geschäftsordnung, aber vor dem Schlusse der Discussion über das Bankgesetz und halte mich zu diesen Ausführungen besugt, weil ich sonst die Unzulässigkeit des Lasker'schen Antrages nicht klar machen kann. Die paar Worte eines nicht sachverständigen Mannes werden doch dem Antrage Lasker nicht so gefährlich sein. (Heiterkeit.) Derselbe verlangt von uns ein Votum für eine Reichsbank, ist also materiellen Inhalts und bezweckt nichts weniger als eine Umgehung des § 16 der Geschäftsordnung. Er ist ein ganz ganzer Vorlage gestelltes Amendement, welches die Commission in einer bestimmten Richtung binden soll. Nach den wiederholten Erklärungen des Finanzministers müßte man eigentlich erwarten, die Regierung würde für den Fall der Annahme des Lasker'schen Antrages erklären: Wir danken bestens und ziehen die Vorlage zurück. Ob sie das thun wird, ist mir inzwischen zweifelhaft geworden, denn ich habe den Finanzminister schließlich so verstanden, daß er meinte: „Wenn die Bundesregierungen und Majorität ein annehmbares Gebot machen, so weiß ich nicht, was ich thue.“ (Große Heiterkeit.) Ich komme daher darauf zurück, daß der Lasker'sche Antrag ein festes Votum in sich begreift, das viel tiefer in die Vorlage eingreift, als jedes Amendement, und mit dem Paragraph 16 unzweifelhaft in Widerspruch steht. Ich glaube sonach, daß der Präsident nicht berechtigt war, diesen Antrag anzukündigen und zur Discussion zu stellen, und die Debatte hat bewiesen, wie

sehr dies geschadet hat, denn wir haben immer nur von der Reichsbank reden hören und nichts von dem Inhalte der Vorlage. Durch den Lasker'schen Antrag wird nicht nur die Minorität, sondern auch jeder einzelne benachtheiligt, der verhindert war, bei der ersten Verathung hier zu sein, und mit Verwunderung von diesem Beschlusse über die Geschäftsordnung hinweg hören wird.

Präsident v. Forckenbeck: Ich habe den Zusammenhang, in welchem der Abg. Windthorst die Worte ein Schnippen schlagen nicht recht verstanden, sollte er dem Abg. Lasker den Vorwurf gemacht haben, daß er bewußter Weise der Geschäftsordnung ein Schnippen schlage, so muß ich diesen Ausdruck für nicht parlamentarisch zulässig erklären.

Abg. Windthorst: Ich habe nicht daran gedacht, dem Abgeordneten Lasker eine dolose oder leichtsinnige Verletzung der Geschäftsordnung vorzuwerfen, aber allerdings geglaubt, daß er ein objectives Schnippen schlägt. (Große Heiterkeit.)

Abg. Lasker: Ich überlasse es dem Hause, zu beurtheilen, wie die eben gehörte Definition sich mit der Fassung der von Herrn Windthorst gesprochenen Worte verträgt. Er hat am Anfang seiner Ausführungen erklärt, mein Antrag sei unzweifelhaft unzulässig und diese Erklärung am Ende seines Vortrages nochmals wiederholt, aber nichts damit bewiesen. Ich habe bei allen nur zugänglichen Autoritäten im Hause, z. B. bei dem Abgeordneten Simson Erkundigungen eingelegt, ohne irgendwo auf Zweifel an der Zulässigkeit des Antrages zu stoßen. § 16 Abs. 2 gestattet das Einbringen von Änderungsanträgen bei der ersten Verathung, hier aber handelt es sich nicht einmal darum, eine formelle Entscheidung herbeizuführen, sondern die Mitglieder der Commission können ganz nach Belieben stimmen, nur dürfen sie nicht dem Wunsche des Hauses direct entgegenhandeln.

Wir stehen nicht zum ersten Male vor einem solchen procedere; ganz analog lag die Sache im preussischen Abgeordnetenhaus, als wir beschloßen, die zweite Lesung des Antrages Windthorst nach 6 Monaten vorzunehmen. Möglich ist es ja, daß einige Mitglieder des Hauses meinen, der Antrag käme sachlich auf einen Änderungsantrag hinaus, und dann werden Sie eben gegen denselben stimmen, aber uns äußerlich die Meinung ausdrücken zu lassen, er müsse gleichbedeutend mit einem Amendement sein, dazu reicht das Zeugniß des Herrn Windthorst, daß er unzulässig sei, nicht aus. Jedenfalls ist aber der Antrag Windthorst unstatthaft; denn wenn mein Antrag wirklich unzulässig ist, so dürfte ihn der Präsident überhaupt nicht zu lassen, keineswegs aber gibt es an, über ihn, wie Herr Windthorst beantragt, zur Tagesordnung überzugehen.

Abg. Bessler (zur Geschäftsordnung): Ich wünsche eine Reichsbank zu erhalten und bin bereit, alle erforderlichen Mittel dazu anzuwenden, daß dies Ziel erreicht werde, halte aber den Antrag Lasker nicht für ein zulässiges Mittel. Ich stehe vor der Alternative, ihn entweder für eine bloße Meinungsäußerung zu halten — und um eines so harmlosen Zweckes willen, wird Herr Lasker kaum eine siebenjährige Praxis des Hauses verlassen — oder er ist eine Willensäußerung, welche der Commission eine Directive geben soll, — und dann halte ich ihn für unstatthaft. Ich kann besonders die Ansicht des Präsidenten über die Bedeutung des § 19 der Geschäftsordnung nicht theilen, der Schlussatz desselben bedeutet nur, daß die Commission, an welche ein Theil einer Vorlage verwiesen wird, sich ausschließlich mit diesem Theile befassen soll, seine Bedeutung ist also eine quantitative, keine qualitative, der Commission kann nicht vorgeschrieben werden, wie sie ihre Aufgabe erledigen soll. Zudem der vorliegende Antrag eine solche Vorschrift enthält, halte ich ihn für eine Neuierung, welche vielleicht dem § 16 nicht direct widerspricht, aber zur Wahrung des Rechtsbodens im Hause vermieden werden sollte. Die Majorität darf diesen schon aus Abthung vor der Minorität nicht verlassen, es gebietet dies nicht nur die Ehrbarkeit, sondern auch die Klugheit. (Beifall im Centrum.)

Abg. v. Hoyerbed: Ich kann wirklich nicht verstehen, weswegen man sich so über den Lasker'schen Antrag ereifert. (Sehr wahr! links.) Wäre die Minorität wirklich durch ihn bedroht, so würde ich gewiß nicht für ihn stimmen, denn ich bin oft genug in der Lage gewesen, hier in der Minorität zu sein. Das ist aber gar nicht der Fall, er bindet weder das Haus noch die Commission, und hindert Sie nicht, die letztere zu zwei Dritteln aus Mitgliedern zusammenzusetzen, welche Gegner einer Reichsbank sind. Die Herren hätten ihm schon genügt, wenn sie die Frage der Reichsbank einer vorläufigen Besprechung und Abstimmung unterziehen würden. Dennoch ist der Antrag möglich, denn die Majorität des Hauses wird sich damit über die Stellung zu dem Gesetze klar, die erste Verathung kommt über eine bloß theoretische Discussion hinaus, und Positionen, die sie der Commission machen können. Der Antrag bedeutet daher nicht, wie der Abg. Windthorst meint, eine Verwerfung der Regierungsvorlage, sondern soll nur die verbündeten Regierungen veranlassen, zur Reichsbank Stellung zu nehmen, was zur Abkürzung der nächsten Stadien der Verathung beitragen wird.

Abg. Reichenberger (Greifswald) befragt sich über Ueberrumpelung des Hauses, gegen welche Behauptung v. Stauffenberg lebhaft protestirt und seinen sachlichen Unterschied darin finden kann, ob dieser Antrag zur ersten oder zweiten Verathung gestellt wird.

Abg. Dr. Löwe erklärt im Namen seiner Freunde (den in der letzten Session aus der Fortschrittspartei des Reichstags ausgeschiedenen Mitglieder), daß sie in dem Antrage Lasker nicht umhin könnten, eine Anticipation der der Commission aufgegebenen Lösung ihrer Aufgabe und einen auf die Vertreter anderer Anschauungen in der Bankfrage ausgeübten Druck zu erkennen. Da der Abg. Lasker seinen Zweck in der Hauptsache erreicht hat, so wäre er vielleicht geneigt, seinen Antrag für die große Verathung zurückzuziehen und für etwaige ähnliche Anträge zuvor eine Abänderung der Geschäftsordnung zu besorgen.

Dieser Aufforderung kann Abg. Lasker, da es sich um einen von verschiedenen Fractionen vereinbarten Antrag handelt, nicht nachkommen, selbst wenn er persönlich dazu geneigt wäre, was nicht der Fall ist. Herrn Reichenberger aber giebt er zu bedenken, daß es doch seltsame Menschen sein müßten, die sich nicht fikt einen Moment, sondern drei Tage lang immerfort durch dieselbe Sache überrumpeln lassen. In der That sind alle Fractionen, auch das Centrum, so gut es die kurz bemessene Zeit zwischen Sonntag und Montag zuließ, rechtzeitig von dem Antrage in Kenntniß gesetzt worden.

Die Frage über die Annahme des Antrags Lasker's muß über die Frage über ihre geschäftsordnungsmäßige Zulässigkeit vorangehen und diese Vorfrage wird mit 148 gegen 138 Stimmen verneint. (Die Fortschrittspartei mit wenigen Ausnahmen, wie Lunder und Hoyerbed stimmt für die Unzulässigkeit. Darauf erklärt Präsident von Forckenbeck, daß, nachdem die Majorität gegen die Zulässigkeit eines Antrages ausgesprochen habe, den er mit der Geschäftsordnung für wohl vereinbar gehalten, er nicht mehr die Autorität zu besitzen glaube, die zur Führung der Geschäfte dem Hause gegenüber nothwendig sei, legt das Präsidium nieder und verläßt unter großer Bewegung den Präsidentenstuhl, den sofort der erste Vicepräsident Schenk von Stauffenberg unter dem Beifall des Hauses mit der Vermerkung betritt, er hoffe diese Stelle nur für kurze Zeit einzunehmen.)

Das Haus beschließt nunmehr mit 158 gegen 127 Stimmen, das Bankgesetz an eine Commission zu verweisen und zwar soll dieselbe 21 Mitglieder zählen. Die Freunde des Antrags Lasker stimmen fast ohne Ausnahme gegen die Verweisung an die Commission. Gegen 5 Uhr vertagt sich das Haus.

Vizepräsident v. Stauffenberg will die nächste Sitzung auf Sonnabend ansetzen, aber v. Bernuth und Löwe und mit ihnen das ganze Haus wollen die Wahl des ersten Präsidenten, dessen das Haus jetzt entbehrt, so lange nicht ansetzen lassen. „Wir müssen unsern alten Präsidenten wieder haben!“ ruft Windthorst, und so wird die nächste Sitzung lediglich für diesen Zweck der Präsidentenwahl auf Donnerstag 2 Uhr angesetzt. Natürlich wird der Abg. v. Forckenbeck mit Acclamation wiedergewählt werden und seine Dienste dem Hause sicher nicht versagen, so peinlich es für den Meister in der Führung großer Versammlungen und ihrer Geschäfte im ersten Augenblicke auch sein mag, in einer Frage der Geschäftsordnung überstimmt zu werden.

Berlin, 18. Novbr. [Amtliches.] Se. Majestät der König hat dem Ober-Appellationsgerichts-Rath Schaffer zu Kassel den königlichen Kronen-Orden zweiter Klasse; dem Cantor, Lehrer, Rector und Organisten Schulze zu Zabakut im zweiten Reichswalden Kreise den Adler der Inhaber des königlichen Hausordens von Hohenzollern verliehen.

Se. Majestät der König hat dem Vice-Präsidenten bei dem Ober-Tribunal, Wirklichen Geheimen Ober-Justiz-Rath Dr. von der Hagen hierseits bei seiner Verlegung in den Ruhestand den Charakter als Wirklicher Geheimen Rath mit dem Prädikat „Grellenz“ verliehen; den Stadtrichter Kolhorn hierseits zum Stadtgerichts-Rath ernannt; dem Friedensgerichtsschreiber Weidmann zu Rheinbach bei seiner Verlegung in den Ruhestand den Charakter als Kanzlei-Rath verliehen; sowie den bisherigen unbesoldeten Beigeordneten der Stadt Herford, Carl Wudde, der von der dortigen Stadtverordneten-Versammlung getroffenen Wiederwahl gemäß, in gleicher Eigenschaft auf eine fernere Amtsdauer von sechs Jahren bestätigt.

Der Stadtrichter Urban in Breslau ist zum Rechtsanwalt bei dem Kreisgericht zu Frankenstein i. S. und zugleich zum Notar im Departement des Appellationsgerichts zu Breslau mit Anweisung seines Wohnsitzes in Frankenstein ernannt worden.

Der pensionirte Actuar bei dem bormaligen Rüngern Bürgermeisters-Amt, und dem Sanitäts-Amt in Frankfurt a. M., Dr. jur. Bender, ist zum Notar im Bezirk des Königl. Appellationsgerichts zu Frankfurt a. M. mit Anweisung seines Wohnsitzes daselbst ernannt worden.

Berlin, 18. November. [Se. Majestät der Kaiser und König] hörten heute Vormittag den Vortrag des Geheimen Cabinets-Raths von Wilmowski. Um 2 Uhr begaben Se. Majestät sich mittelst Extrazuges der Lehrter Bahn nach Springe, um morgen und übermorgen in dortiger Gegend die üblichen Hofjagden abzuhalten; die Rückkehr Sr. Majestät hierher erfolgt Freitag Abends 11 Uhr. (Reichsanz.)

— [Die Vorgänge am Schluß der heutigen Reichstags-Sitzung] führten zu einer der bewegtesten Scenen, welche im Reichstags-Saal bislang vorgekommen sind. Die Mitglieder waren von der Entschließung des Präsidenten v. Forckenbeck, sein Amt niederzulegen, um so mehr überrascht, als viele aus rein formalen Gründen gegen den Antrag stimmten und dadurch documentiren wollten, daß einer Commission nicht im Voraus eine Richtung, in der sie zu arbeiten habe, vorgeschrieben werden dürfe, und zwar hauptsächlich, um zunächst für die demnächst zu wählende Justizcommission kein Präjudiz zu schaffen. Herr v. Forckenbeck wurde von allen Seiten bestürmt, die Wahl wieder anzunehmen, welche morgen wohl einstimmig auf ihn fallen wird. Es bleibt zu wünschen, daß der allerehrte Mann sich diesen Bitten nicht verschließen möchte.

[Dem Grafen Harry Arnim] wurde heute die Anklageacte vorgelesen.

[Marine.] S. M. S. „Augusta“ hat am 7. October cr. Bahia verlassen, lief am 8. den Hafen von Macelo an, verweilte dort einige Stunden und traf am 9. Morgens auf der Riede von Pernambuco ein, verließ dieselbe am 10. Nachmittags, erreichte am 16. Para, setzte am 21. die Reise fort, ankerte am 26. in Georgetown (Demerara) und gedachte am 28. October cr. nach Barbados weiter zu gehen.

Provincial-Beitung.

* Breslau, 19. November. [Verurtheilung.] Der Pfarradministrator Dalik in Odersch bei Ratibor ist, wie von dort gemeldet wird, wegen unbefugter Vornahme geistlicher Amtshandlungen zu einer Geldstrafe von 50 Thln. event. zu einer Gefängnisstrafe von einem Monat verurtheilt worden.

□ Briesg, 16. November. [Normal-Befoldungs-Gesetz für die städtischen Subaltern- und Unterbeamten.] Nachdem für die zahlreiche Lehrerschaft an den städtischen Schulen eine mit Alterszulagen verbundene neue Befoldungsordnung schon für das heilige Jahr in Geltung gebracht worden war, ist nun auch von den städtischen Behörden für die bei der Communal-Verwaltung angestellten Subaltern- und Unterbeamten ein Normal-Befoldungs-Gesetz beschlossen worden. Als Vorläufer dieser neuen, dem Beispiele anderer Städte folgenden Einrichtung kann eine in den letzten Jahren geübte Maßnahme bezeichnet werden, nach welcher neben den Vorberathungen zum Stadt-Haushalt alljährlich eine gemischte Commission eine Gesamt-Prüfung des städtischen Befoldungs-Gesetzes vornahm und dann jedesmal nicht wenige und theilweise erhebliche Aufbesserungen zur Geltung brachte. Man wollte dadurch entgegen und entging auch den früherhin Laufe des ganzen Jahres vorkommenden Bittgesuchen um Gehaltsverbesserungen. Die jetzige, mit bevorstehendem Neujahr beginnende Neuordnung der betreffenden Gehalts-Verhältnisse regelt ein sicheres Aufsteigen nach dem Dienstalter, vorausgesetzt, daß nicht eine durchgreifende Bemängelung der Dienst-tüchtigkeit ein Einhalten der Verbesserung bedingt, prüfendes Befinden über die Dienstfähigkeit haben sich die städtischen Behörden für jeden Fall vorbehalten. Nachdem sind Forderungen beschlossen worden, welche den Beamten in jeder Hinsicht ein gleichmäßiges, auch bei Verbesserungen sicheres des Verfahrens verbürgen, ihnen auch alle Rechte ihrer bisherigen Gehaltsstellung wahren, falls Magistrat anzuordnen befindet — wozu er jederzeit berechtigt und wofür die Pflicht unbedingter Folgeleistung festgelegt ist — daß ein Beamter eine andere ihm endgültig oder nur vorübergehend überlassene Stellung übernimmt. Wohnungsgelder werden unter keinen Umständen besonders gewährt. Die Subaltern-Beamten steigen von ihrem Mindestgehalt in je 5 Jahren 5 Mal um je 50 Thlr. zum Höchstgehalt. Die Unterbeamten von 4 zu 4 Jahren 5 Mal um je 25 Thlr. Hiernach bewegen sich: das Gehalt des Gemeindevorstanders von 700 bis zu 950 Thalern; das des Sparsassen-Verwalters von 650 bis 900 Thalern; die Gehälter des Rath's-Secretairs, des Calculators und des Polizei-Inspectors von 600 bis 850 Thalern; die Gehälter des ersten Stadthaupt-Kassen-Buchhalters, des Registrators und des ersten Polizei-Bureau-Assistenten von 500 zu 750 Thalern; die Gehälter der drei anderen Stadthaupt-Kassen-Buchhalter, des Registratur-Assistenten und des zweiten Polizei-Bureau-Assistenten zwischen 450, 400, 350 Thalern und den entsprechenden Höchstgehältern. Von den Unter-Beamten beginnen 2 Rassenbiener und der erste Polizei-Sergeant mit 325 und steigen bis 450 Thalern; die anderen Diener in etwas geringerer Abstufung, doch nicht unter 275 Thaler Mindestgehalt. Auch den außerhalb dieser Beamten bei städtischen Besitzthümern, Anstalten und Einrichtungen Angestellten ist ebenfalls entsprechend das Gehalt verbessert worden, ohne sie jedoch in die festere Normen des neuen Befoldungs-Gesetzes einzuschließen. Dabin gehören der Stadtförster und die Waldwärtler, der Gas-Inspector, der Wassermeister, der Promenaden-Gärtner und einige Andere. — Die communalen Oberbeamten oder besoldeten Magistratsmitglieder beziehen: der Bürgermeister 2000 Thaler einschließlich freier Wohnung, der Syndicus und Beigeordnete 1400 Thaler, der Rämmerer 1200 Thaler.

Metereologische Beobachtungen auf der Königl. Universitäts-Sternwarte zu Breslau.

November 18. 19.	Nachm. 2 U.	Abds. 10 U.	Morg. 6 U.
Luftdruck bei 0°	327 ¹ / ₂ 28	326 ¹ / ₂ 90	325 ¹ / ₂ 77
Luftwärme	+ 1 ¹ / ₂	+ 1 ¹ / ₂	+ 0 ¹ / ₂
Thaumdrud	2 ¹ / ₂ 19	1 ¹ / ₂ 91	2 ¹ / ₂ 03
Dunstfättigung	93 pCt.	86 pCt.	100 pCt.
Wind	NW. 2	NW. 2	NW. 2
Wetter	trübe, Regen.	bedeckt, Regen.	bedeckt, Regen.

Breslau, 19. Nov. [Wasserstand.] D.-B. 4 M. 8 Cm. U.-B. — M. — Cm.

Berlin, 18. November. Auf allen Gebieten der Börsentätigkeit herrschte heute die ausgeprägte Geschäftslosigkeit und demgemäß behaupteten sich die Notierungen meist im gestrigen Niveau, obgleich die Gesamthaltung, soweit eine solche überhaupt noch zum Ausdruck gelangen konnte, mehr zur Mattigkeit neigte. Wir können nur längst Bekanntes wiederholen; auf allen Seiten bleibt man jeder speculativen Unternehmung fern, die Coullisse hat keine eigene Meinung und sieht sich von ihren Führern verlassen und dem Privatpublikum fehlen die Lust und zum Theil auch die Mittel sich an Börsenoperationen zu betheiligen. Ein Umschwung in diesen Verhältnissen darf gewissmaßen nur von äußeren Einflüssen erwartet werden und so lange diese fehlen wird eben die Geschäftsstagnation andauern. Heute speciell hatte dieselbe eine Intensität angenommen, die alle früheren Börsen übertrifft. Nicht nur, daß die etwaeigen Umsätze an sich durchaus belanglos blieben, sondern es blieb auch der Verkehr auf höchst wenige ganz vereinzelte Effecten beschränkt. Die internationalen Speculations-Verthe beetheligen sich am Verkehr in schwerfälligster Weise und allenfalls waren Creditactien als verhältnismäßig lebhaft zu nennen. Dester. Staatsbahn, Lombard, sowie sämmtliche übrigen Dester. Bahnen blieben vollends unbeachtet. Galizier waren auf die Nachricht, daß die Einnahme der jüngsten Woche ein Minus von 19,000 Fl. aufweise, gedrückt. Einheimische Speculationswerthe sehr still. Disc.-Commandit 176¹/₂, ult. 176¹/₂ — 177, Dormunder Union 35, ult. 34¹/₂ — 35, Laurahütte 135, ult. 134¹/₂ — 135. Auswärtige Staatsanleihen fanden wenig Beachtung, Dester. Renten behaupteten sich ziemlich auf gefriger Notiz, Ärtlen und Italiener zogen etwas an, Amerikaner verhielten sich ruhig. Auch Russische Werthe gingen wenig um, nur die Bodencreditpandbriefe und Prämienanleihen wurden etwas lebhafter gehandelt. Preussische Fonds zeigten gute Festigkeit, Pfand- und Rentenbriefe verhielten sich ruhig. Eisenbahn-Prioritäten waren still, aber ziemlich fest. Auf dem Eisenbahnen-Markt war der Verkehr äußerst gering, die schweren rheinisch-westfälischen Devisen blieben fast gänzlich ohne Umsatz. Rumänen waren matter, ebenso war auch für andere leichte Bahnen die Stimmung wenig fest. Bankactien schlossen sich von der

